

Europäische Friedensstrategie

42 Vorschläge für eine aktive Friedenspolitik

von Thomas Roithner, Marit Seyer, Fabian Hämmerle

Der Antrieb, eine Europäische Friedensstrategie zu konzipieren, ist auf den ersten Blick einfach erklärt: Es braucht konstruktive und systematische Vorschläge, damit es nicht nur in Europa, sondern auch darüber hinaus friedlicher wird.

Dazu gilt es, die gegenwärtige Lage von Krieg, Frieden, Gewalt und Konfliktbearbeitung selbstkritisch zu betrachten, nach einem europäischen Selbstverständnis zu fragen und auch danach, was glaubwürdige Friedenspolitik eigentlich ausmacht. Das sind für die Europäische Friedensstrategie neben rechtlichen Verpflichtungen auch politischer Realismus, Rechenschaftspflicht und umfassende strukturelle Veränderungen.

Die Strategie gliedert sich in sieben zentrale Abschnitte mit jeweils sechs Vorschlägen – insgesamt also 42 konkrete Ansatzpunkte für eine aktive Friedenspolitik. Inhaltlich werden sie von zehn grundlegenden Prinzipien geleitet.

Aufrüstungsdynamik

In der Ausgangslage beschreibt die Europäische Friedensstrategie (European Peace Strategy, hier zitiert als EPS) die weit verbreitete Angst vor weiteren Kriegen. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, die verstärkte Aufrüstungsdynamik in Europa und der rasche Ausbau der chinesischen Nuklearfähigkeiten werden dabei als besonders besorgniserregende Entwicklungen hervorgehoben.

„Die Aushöhlung von Normen wird nicht nur durch offene Ablehnung vorangetrieben, sondern auch durch selektive Durchsetzung, Dop-

pelmal und Straffreiheit – Dynamiken, die das Vertrauen in Europas Verpflichtungen sowohl innerhalb Europas als auch weltweit untergraben haben. Eine glaubwürdige Reaktion auf diese Krise erfordert mehr als nur rhetorische Anpassungen: Sie verlangt weitreichende politische, institutionelle und wirtschaftliche Veränderungen.“ (EPS: 8)

Die Friedensstrategie sieht im Angesicht andauernder Kriege, steigender Militärausgaben, hybrider Konflikte, der raschen Verbreitung von künstlicher Intelligenz und der sich verschärfenden Klimaerhitzung, dass traditionelle Sicherheitskonzepte Krisen nicht nachhaltig lösen. „Militärische Mittel können Diplomatie, internationales Recht und die kooperative Konfliktlösung nicht ersetzen. Diese Friedensstrategie schlägt erste Schritte für einen transformativen Wandel von militarisierter Sicherheit hin zu menschlicher Sicherheit und einem gewaltfreien und kooperativen Ansatz zur Bewältigung der Ursachen von Konflikten vor.“ (EPS: 7)

Sicherheit neu denken

Die Europäische Friedensstrategie „stützt sich auf bewährte und erprobte Instrumente der Friedenskonsolidierung, darunter zivile Konfliktprävention, Mediation, Dialogförderung, Versöhnung und Wiederaufbau nach Konflikten. Diese Instrumente sind nach wie vor notwendig – doch sie reichen nicht mehr aus, wenn man sich nicht mit den strukturellen Ursachen der Militarisierung, der wirtschaftlichen Ausbeutung und der ungleichen Rechenschaftspflicht auseinandersetzt, die in der Praxis immer wie-

der dazu führen, dass Normen ausgehöhlt werden.

Gleichzeitig gelingt es Bildungssystemen in ganz Europa bislang nicht, die nächste Generation auf die Herausforderungen der Friedensförderung, der Konfliktbewältigung, des sozial-emotionalen Lernens, der digitalen Welt, des frühzeitigen Handelns in Konfliktsituationen und globaler Verflechtung vorzubereiten. Der Mangel an systematischer Friedenserziehung, kritischer digitaler Kompetenz und Stärkung der Bürger*innenbeteiligung führt dazu, dass junge Menschen nicht ausreichend gerüstet sind, um eine Zukunft zu gestalten, die auf Zusammenarbeit statt auf Militarisierung und Konfrontation basiert. Diese Bildungslücke droht, Gewaltkreisläufe zu reproduzieren, anstatt sie zu durchbrechen.“ (EPS: 9-10)

Die Friedensstrategie setzt sich mit Vielfalt auseinander, „anstatt ein einheitliches Sicherheitsmodell vorzuschreiben. Sie betont, dass alle europäischen Staaten – ob atomar bewaffnet, in einem Bündnis, neutral oder blockfrei – gemeinsam die Verantwortung dafür tragen, das Völkerrecht zu wahren, eine Eskalation zu verhindern, Rüstungsrisiken zu verringern und zivile Friedensansätze zu stärken.“ (EPS: 10)

Prinzipien

Die Europäische Friedensstrategie wird von zehn Prinzipien geleitet, die den inhaltlichen Rahmen für die 42 friedenspolitischen Vorschläge bilden (EPS: 12–13).

1. Menschliche Sicherheit. „Bei der menschlichen Sicherheit stehen nicht die territoriale Verteidigung oder militärische Überlegenheit im



Vordergrund, sondern der Schutz der Menschen sowie die sozialen und demokratischen Bedingungen, die ein Leben in Würde ermöglichen: ihre körperliche Unversehrtheit, der Zugang zu Nahrungsmitteln und Gesundheitsversorgung, wirtschaftliche Existenzgrundlagen, politische Teilhabe, ökologische Integrität und sozialer Zusammenhalt.“ (EPS: 7)

2. Aktive Gewaltfreiheit. Der bewusste Einsatz moralischer, politischer und sozialer Mittel zur Überwindung von Ungerechtigkeit und ungerechten Strukturen steht im Fokus. Das Gegenüber wird weder entmenslicht noch geschädigt, sondern es wird kontinuierlicher Druck für Veränderung ausgeübt.

3. Ablehnung von Gewalt. Individuelle und kollektive Formen der Ablehnung von Gewalt werden aktiv unterstützt. Diese umfasst beispielsweise das Verbot zur Androhung oder Anwendung von Gewalt gemäß der UN-Charta oder das Recht auf Wehrdienstverweigerung.

4. Friedliche Konfliktbewältigung. In anhaltenden Konflikten sollen alle friedlichen Mittel ausgeschöpft werden. Dazu gehören Vermittlung, humanitäre Diplomatie, zivile Schutzbegleitung, gewaltfreier Widerstand oder auch inklusiv gestaltete Dialogprozesse.

5. Multilateralismus und Völkerrecht. Stärkung einer inklusiven Diplomatie, Einhaltung von Abrüstungsverträgen und Förderung einer robusten und gleichberechtigten internationalen Rechtsordnung zum Schutz der Menschen. Die Rechenschaftspflicht für Kriegsverbrechen und schwere Menschenrechtsverletzungen ist unerlässlich.

6. Demokratie und Transparenz. Friedens- und sicherheitspolitische Entscheidungen unterliegen einer demokratischen Kontrolle, Transparenz und öffentlichen Überprüfung.

7. Zivilgesellschaft und Partizipation

on. Die wesentliche Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure bei der Vermittlung von Frieden, Friedensforschung, Frühwarnung oder Friedenserziehung wird anerkannt.

8. Inklusiver, feministischer und barrierefreier Frieden. Im Einklang mit der Agenda der Vereinten Nationen zu Frauen, Frieden und Sicherheit (UNSCR 1325) und umfassenderen intersektionalen Friedensansätzen muss Sicherheit auf Fürsorge, Gerechtigkeit, Teilhabe und Barrierefreiheit ausgerichtet sein.

9. Post- und dekoloniale Perspektive. Anerkennung struktureller Machtungleichgewichte in globalen und europäischen Institutionen und Neubetrachtung des Sicherheitsbegriffs aus einer antirassistischen und dekolonialen Perspektive. Dies beinhaltet eine kritische und transformative Haltung zu asymmetrischen Handelsbeziehungen, ökonomischen Abhängigkeiten, Waffenexporten oder auch der Politik des Außengrenzschatzes.

10. Nexus Klima und Frieden. Das Verständnis der ökologischen Krise als Treiber und Risikomultiplikator von Konflikten und Unsicherheit sowie der Auswirkungen bewaffneter Konflikte auf die Umwelt findet sichtbaren Eingang in die Friedenspolitik.

42 Vorschläge

Die 42 Vorschläge der Europäischen Friedensstrategie verteilen sich auf sieben Themenbereiche:

I. Zivilgesellschaftliche Friedensinfrastruktur und gewaltfreie Konflikttransformation

II. Umfassende Abrüstung und Demilitarisierung

III. Migration und rechtsbasiertes Asyl

IV. Klimagerechtigkeit und Environmental Peacebuilding

V. Digitaler Frieden und Cybergerechtigkeit



VI. Wirtschaftliche Gerechtigkeit als ein Fundament für post- und dekoloniale Friedenspartnerschaften

VII. Partizipation, Transparenz und zivile Kontrolle

Je ein ausgewählter Vorschlag aus den sieben Themenbereichen soll im Folgenden verdeutlichen, wie breit die Strategie angelegt ist und welche konkreten politischen Schritte sie vorsieht.

1. Zivile Friedensinfrastruktur stärken: „Stärkung des Mandats und der Rolle lokaler und internationaler ziviler Expert*innen für Friedenskonsolidierung mit Schwerpunkt auf Frühwarnung, präventiven zivilen Maßnahmen, gegebenenfalls Mediation, Konflikttransformation, Wiederaufbau nach Konflikten, Unterstützung bei der Abrüstung sowie Projekten für einen inklusiven Dialog in enger Abstimmung mit der lokalen Bedarfsanalyse und lokalen Partnern.“ (EPS: 15)

2. Abrüstung vorantreiben: „Den Vertrag über das Verbot von Kernwaffen (TPNW) unterzeichnen und ratifizieren oder als ersten Schritt zumindest zur Erfüllung seiner positiven Verpflichtungen hinsichtlich Opferhilfe und Umweltsanierung beitragen.“

Autonome Waffensysteme auf nationaler Ebene verbieten und einen



verbindlichen internationalen Vertrag aktiv unterstützen, der eine sinnvolle menschliche Kontrolle über die Anwendung von Gewalt gewährleistet.“ (EPS: 19)

3. Migration menschenrechtsbasiert gestalten: „Militärische und paramilitärische Migrationsmaßnahmen einstellen und an den Außengrenzen wieder die uneingeschränkte Einhaltung internationaler Rechtsnormen gewährleisten.“

Den Zugang zu grundlegenden Menschenrechten – insbesondere zu Gesundheitsversorgung, Bildung, Wohnraum und Arbeit – unabhängig vom rechtlichen Status gewährleisten und klimabedingte Vertriebene offiziell anerkennen, indem Klimamobilität in Schutzkonzepten und Anpassungsplanung integriert wird.“ (EPS: 21)

4. Klima- und Friedenspolitik verbinden: „Ökologische Friedensförderung, Klimaanpassung und grenzüberschreitende Umweltzusammenarbeit in konfliktgefährdeten Gebieten ausbauen und finanzieren sowie sicherstellen, dass die Klimafinanzierung direkt die Gemeinden an vorderster Front erreicht, die am stärksten von Krisen und Vertreibung betroffen sind.“ (EPS: 23)

5. Digitalen Frieden fördern: „Initiierung und Unterstützung globaler Vertragsverhandlungen über Cyberfrieden und verbindliche Grenzen für KI bei den Vereinten Nationen und anderen multilateralen Foren sowie Gründung einer unabhängigen internationalen Organisation für KI-Governance, die den Auftrag hat, menschenrechtsbasierte und humanitäre Grenzen für die Entwicklung und den Einsatz von KI festzulegen, zu überwachen und durchzusetzen, einschließlich klarer roter Linien für Bereiche, in denen Entscheidungen weiterhin einem sinnvollen und rechenschaftspflichtigen menschlichen Urteil unterliegen müssen.“ (EPS: 26)

6. Koloniale Kontinuitäten aufarbeiten: „Die kolonialen Hinterlassenschaften sollen durch Wahrheitskommissionen und Wiedergutmachungsmaßnahmen, darunter Schuldenerlass, Landrückgabe und Gerechtigkeit im Bereich des geistigen Eigentums, aufgearbeitet werden. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Untersuchung globaler Machtungleichgewichte sowie westlich geprägter Normen und Wissenssysteme.“ (EPS: 29)

7. Demokratische Beteiligung stärken: „Nationale Friedens- und Sicherheitsräte sind rechtlich als ständige Gremien mit verbindlichem Mitspracherecht einzurichten, in denen Vertreter*innen der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft, der Jugend, von Menschen mit Behinderungen und marginalisierten Gruppen vertreten sind.“ (EPS: 31)

Dieser Auszug von Vorschlägen ist nicht als „Alles-oder-nichts“-Paket zu verstehen. Fortschritte in einem Bereich – ob beim Ausbau ziviler Kapazitäten, bei Abrüstung, bei demokratischer Kontrolle oder bei einer auf Gerechtigkeit ausgerichteten Politik – können auch Fortschritte in den anderen Bereichen politisch leichter umsetzbar machen.

Unterstützung

Die Europäische Friedensstrategie ist als Rahmen für eine aktive Friedenspolitik konzipiert. Ihre 42 Vorschläge zielen darauf ab, die Sicherheitspolitik von einer reaktiven Haltung hin zur Prävention zu verlagern – weg von militärischen Reaktionen hin zu zivilen und kooperativen Ansätzen.

Die Strategie wurde von den drei Autor*innen konzipiert, verfasst und eingehendes Feedback wurde koordiniert. Dieser Beitrag enthält Passagen aus der Strategie, die hier zum Teil auch wörtlich und indirekt wiedergegeben werden, ohne diese immer durch Zitate auszuweisen. Die von der englischen Originalfassung hier ins Deutsche übertragenen Zitate wurden mit Unterstützung von deepl übersetzt.

Das Projekt „Europäische Friedensstrategie“ wird von der Bertha-von-Suttner-Stiftung finanziell unterstützt.

Wer die Strategie oder auch Teile davon unterstützt – egal ob als Personen oder auch Institutionen – kann dies per E-Mail an marit.seyer@krcaustria.at oder unter europeanpeacestrategy.eu in dem dafür vorgesehenen Formular sehr gerne bekannt geben. Es geht um eine Entscheidung, wie die Strategie abschließend bemerkt: „Ob Spaltung und Militarisierung dauerhaft werden oder ob eine andere Zukunft weiterhin möglich bleibt.“

Thomas Roithner, Friedensforscher und Mitarbeiter im Internationalen Versöhnungsbund.

Marit Seyer, Gründerin und Obfrau der Campaign to Stop Killer Robots Austria.

Fabian Hämmerle, Vorstandsmitglied von ICAN Austria – Kampagne zur Abschaffung von Nuklearwaffen.

Webtipp:
europeanpeacestrategy.eu

